



SANIJA AMETI: PANDEMIE ERHÖHT PREIS FÜR DIE NUTZUNG DER VOLKSRECHTE

Algorithmen der sozialen Netzwerke sind so eingestellt, dass extreme und exzentrische Inhalte mehr Sichtbarkeit erhalten. Das wissen auch jene wie ich, welche Abstimmungskampagnen führen und sie kommunizieren. Das führt verstärkt zu kompromisslosen Auseinandersetzungen und gespaltenen Lagern

ZUR PERSON:

Sanija Ameti ist Vorstandsmitglied der Operation Libero, dissertiert als Juristin zum Thema Cybersecurity an der Universität Bern und bewirtschaftet gerne das Feld Sicherheitspolitik.

Die grösste Sicherheitsbedrohung für die Demokratie Schweiz sieht sie in einer gespaltenen Gesellschaft und findet, es ist höchste Zeit für das Internationale Demokratie Forum.

Mit der Unterstützung von

ZUR PANDEMIE-ERFAHRUNG:

Zwei Dinge möchte ich herausstreichen:
Es fehlt an einer digitalen Alternative für
Demokratie.

Während des «Lockdowns» hatten wir für alles eine digitale Alternative, auf die wir sofort umsteigen konnten – ausser für Initiativen und Referenden. Jene Volksrechte, die gerade unsere direkte Demokratie ausmachen, sind nach wie vor nur analog ausübbar: Demokratie bedeutet in der Schweiz immer noch, auf einem öffentlichen Platz Unterschriften zu sammeln. Wenn das öffentliche Leben stillsteht, die Fristen aber nicht, ist es schwierig, die nötigen Unterschriften zusammenzukriegen. Ohne die Plattform Wecollect hätten wir es beim PMT-Referendum [PMT = Bundesgesetz zur Bekämpfung von Terrorismus] nicht geschafft. Wir waren sowohl finanziell als auch ideologisch abhängig von deren Unterstützung. Aber auch auf Wecollect muss man sich den Bogen zunächst ausdrucken und per Post einsenden. Weil es nicht möglich war, auf der Strasse Unterschriften zu sammeln, ging etwa unser ganzes Referendumsbudget für das PMT in die Finanzierung der Postversände. Als uns zusätzlich bewusst wurde, dass sehr viele Bürger:innen gar keine Drucker zuhause haben, haben wir zusammen mit Parlamentarier:innen online den Aufruf «Drucken für die Demokratie» gestartet. Viele Freiwillige haben sich bereiterklärt, für diejenigen, die keinen Drucker haben, die Bögen zu drucken. Meine Erfahrung war insofern, dass das Ausüben der demokratischen Rechte primär eine Geld- und Glücksfrage ist.

Es gibt eine Spaltung der Gesellschaft und viele Falschinformationen auf Social Media.

Algorithmen der sozialen Netzwerke sind so eingestellt, dass extreme und exzentrische Inhalte mehr Sichtbarkeit erhalten. Das wissen auch jene wie ich, welche Abstimmungskampagnen führen und sie kommunizieren. Die letzten Abstimmungen im Juni etwa wurden zum grössten Teil auf Social Media diskutiert, wo genau dies zu beobachten war: Die Tonalität auf sozialen Netzwerken zu den Abstimmungsthemen, darunter etwa das CO₂-Gesetz oder das PMT, führte zu kompromisslosen Auseinandersetzungen und schlussendlich zu gespaltenen Lagern. Auf physischen Podiumsdiskussionen hingegen habe ich die Diskussion grundsätzlich versöhnlicher erlebt. Ich vermute, weil in solchen Situationen die menschliche Nähe der Gegenseite spürbar ist, welche die Prämisse für Anstand und Einfühlungsvermögen zu sein scheint. Allerdings ist mir auch aufgefallen, wie die aggressive Tonalität aus Diskussionen mit Personen auf Social Media in die späteren physischen Diskussionen mit denselben Personen hineingetragen wurde. Die physische Diskussion war dann in etwa ähnlich frustrierend wie auf Social Media und die Lager weiterhin gespalten. Das sind jedenfalls keine rosigen Aussichten in einem demokratischen Land, dessen Funktionieren auf Konsens ausgerichtet ist.

WAS HABEN WIR GELERNT?

Die Schweiz hat kein Verfassungsgericht – und das hat Folgen.

Die einzige Möglichkeit, parlamentarische Entscheide auf die Vereinbarkeit mit der Verfassung

zu überprüfen und allenfalls zu kippen, ist der Weg über das Referendum. Die Kosten für Referenden und Initiativen haben sich wegen der Pandemie etwa verdoppelt. Um diesem Problem zu entgegnen, brauchen wir die Möglichkeit der digitalen Unterschriftensammlung. Und wir müssen über die monetären Voraussetzungen sprechen, welche für die Ausübung der demokratischen Rechte verlangt werden. Angesichts der Bedeutung, welche etwa Referenden in einem Land ohne Verfassungsgericht haben, scheint mir dieser Aspekt besonders wichtig. Schliesslich übersteigen hierzulande die Kosten für ein Referendum die theoretischen Gerichtskosten um ein Vielfaches, würde man dasselbe vor einem Verfassungsgericht rügen.

Social Media hat einen enormen Einfluss auf die Meinungsbildung der Bürger:innen, welches die Grundvoraussetzung für die Ausübung der demokratischen Rechte darstellt.

Während klassische Medien gewissen Standards und Regeln folgen, ist dies bei Social Media nicht der Fall. Aufgrund der gegenwärtigen Einstellung ihrer Algorithmen tragen Social-Media-Plattformen eine Mitverantwortung an den Spaltungstendenzen. Durch die Pandemie ausgelöst sehen wir das etwa sehr deutlich an der gegenwärtigen Impfsituation. Ich bekomme beispielsweise viele beleidigende Nachrichten, weil ich regelmässig über das Impfen poste und dazu aufrufe. Dass diese Aggression aus dem digitalen auch in die analoge Welt getragen wird, zeigen etwa der Vorfall mit Natalie Rickli oder mit Alain Berset während der Arena-Sendung.

VORSCHLÄGE FÜR DIE WEITERARBEIT:

Falschinformationen und Propaganda, welche darauf ausgerichtet sind, demokratische Entscheidungen zu beeinflussen, gab es immer schon.

Mit Blick auf die Meinungsäusserungsfreiheit ist die Regulierung von Desinformation oder Missinformation ein schwieriges Unterfangen. Ich denke etwa nicht, dass Verhaltensregeln, ein Filtern oder eine Kategorisierung der Inhalte in «wahr» und «falsch» realistische Massnahmen sind.

Eine wirksame demokratierelevante Massnahme scheint mir aber die Regulierung der Algorithmen, mit welchen Social-Media-Anbieter operieren. Denn diese Algorithmen sind der eigentliche Katalysator für die Verbreitung bedenklicher Inhalte wie Verschwörungstheorien, indem sie künstlich gepusht werden. Wenn Social-Media-Betreiber sich entscheiden, solche Algorithmen einzusetzen, dann müssen sie auch Verantwortung übernehmen – oder eben auf deren Einsatz verzichten.

E-Collecting muss eingeführt werden.
(Und das ist nicht dasselbe wie E-Voting.)

Es muss Transparenz in der Finanzierung von politischen Kampagnen und Parteien geschaffen werden.

Die Häufung von finanziellen Mitteln bei wenigen Akteuren untergräbt die Demokratie und führt zu einer Asymmetrie, in der es den weniger Vermögenden nicht mehr möglich ist, mit gleich langen Spiessen ihre demokratischen Rechte (und als Schweizer Bürger:innen gleichzeitig auch Pflichten) wahrzunehmen. So lassen sich Entscheide auf undemokratische Art beeinflussen, etwa über

Lobbying, teure Abstimmungskampagnen oder gar über gekaufte Medien. Diese demokratierelevante Massnahme wird in der Schweiz schon zu lange diskutiert, aber es wird nichts unternommen.

Einer Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken.

Die Ausgrenzung bestimmter Gruppen (bspw. Migrant:innen oder sogar Vertreter:innen extremer Positionen etc.) verhindert wird. In diesem Zusammenhang wäre die Stärkung der politischen Mitsprache als demokratierelevante Integrationsmassnahme zu verstehen. Konflikte könnten entschärft werden, wenn allen Interessengruppen die nötige politisch-moralische Anerkennung zuteil wird; d. h. ihre Standpunkte und ihre Interessen gehört und berücksichtigt werden. Die Hürden, sich etwa über ein Vernehmlassungsverfahren einzubringen, sind für den Normalbürger viel zu hoch. Es braucht niederschwelligere Möglichkeiten.

TIPPS ZUM WEITERLESEN:

Zum Thema Meinungsfreiheit:

<https://www.skmr.ch/de/themenbereiche/justiz/publikationen/broschuere-meinungsfreiheit-internet.html>